EUROPA 28.04.2020 | Laura Parker

Emotionale Wüste

Am Brexit und dem Umgang mit Italien zeigt sich die fehlende Nähe zwischen Bürgern und EU. Die ist daran nicht unschuldig.

Europapolitik war in Großbritannien beinahe immer eine emotionsfreie Zone. Weit entfernt von der Freude im Namen der EU-Hymne hatte das Vereinigte Königreich eine tief empfundene emotionale Distanz in seinen Beziehungen zur Europäischen Union. Von Anfang an entwickelte es keine Bindung zu dem neu geborenen gesamteuropäischen Projekt, weil die Sorge über den schwindenden Ruhm seines Imperiums im Vordergrund stand. So weigerten wir Briten uns, einem Projekt beizutreten, von dem wir nie wirklich das Gefühl hatten, dass es zu uns gehört. Und als wir dann doch Mitglied wurden, gab es Verstimmungen darüber, dass Europa die Frechheit besessen hatte, ohne uns aufzuwachsen und die Eigenheiten und Gewohnheiten seiner „anderen Eltern“ zu übernehmen.

Als es dann 2016 an der Zeit war dafür einzustehen, dass die Familie zusammenbleibt, fanden nur wenige im Vereinigten Königreich überzeugende emotionale Argumente. Eine Verringerung des BIP infolge des Austritts und die dafür ins Feld geführten Zahlen waren zu komplex. Auch wenn wir aktuell lernen, was sie bedeuten, verdrängten sie jede Diskussion über Solidarität, Zusammenarbeit und Friedenssicherung. Es galt dieselbe unausgesprochene Regel, die auch die erste Reaktion der konservativen Regierung auf die Corona-Krise bestimmte: Es zählt nur, was in Geldwerten messbar ist.

Diese emotionale Distanz riskiert nun, das europäische Projekt in einem kritischen Moment zu Fall zu bringen. Die „europäischen Werte“ zu verteidigen hieß in der Vergangenheit zu oft, einen Teil der Wahrheit auszublenden. Es gab immer nagende Zweifel daran, dass „mehr und nicht weniger Europa“ die langfristige Antwort sein muss. Meist hat sich die EU schwer getan ihre hehren Prinzipien in den Krisen, mit denen sie konfrontiert wird, auch in die Praxis umzusetzen. Was mit dem reinen, menschlichen Impuls beginnt, dass „etwas getan werden muss“ – für Kinder, die in der Ägäis ertrinken; für Familien ohne Nahrung, da ganze Volkswirtschaften in Südeuropa zusammenbrechen; für die Millionen

Vertriebenen im Jemen oder in Syrien – endet meist mit einer trockenen Diskussion über Lastenverteilung, Fehlanreize und institutionelle Kompetenzen.

Meist hat sich die EU schwer getan ihre hehren Prinzipien in den Krisen, mit denen sie konfrontiert wird, auch in die Praxis umzusetzen.

Aber diese menschlichen Tragödien verlieren an Wirkung, wenn sie als Verhandlungsmasse von einem EU-Gipfel zum nächsten weitergereicht werden. Wie die EU auf sie reagiert, stellt ihren eigentlichen Zweck in Frage. Damit einhergehend verlieren diejenigen die Hoffnung, die an ein europäisches Projekt glauben wollen, für das Menschenrechte und Gleichberechtigung von grundlegender Bedeutung sind. Trotzdem argumentieren wir weiter, dass es sich trotz alledem lohnt. Die Familie muss zusammenbleiben. Eine Trennung wäre schlimmer.

Nun, da die EU mit ihrer dritten großen Krise in diesem Jahrhundert kämpft, gerät das Argument, um jeden Preis zusammenzubleiben, erneut unter Druck. Es aufrechtzuerhalten wird selbst in einem der Gründungsstaaten der EU wie Italien immer schwieriger, wenn die Bürger nicht endlich das Gefühl bekommen, dass man ihnen wirklich zuhört. Hilfe, so denken viele, ist doch, das zu bekommen, was man braucht und nicht nur das, was andere geben wollen. Nach mehr als sechs Wochen Ausgangssperre in Italien sind alle müde vom Maskentragen und besorgt darüber, wann sie wieder arbeiten können. Die Menschen, die Nachrichten noch ertragen können, verzweifeln an der fehlenden Dringlichkeit der EU. Die Zeit für Gipfeltreffen ist vorbei. Sie müssen Solidarität erleben, nicht nur davon hören.

Während die EU vor einigen Wochen noch ihre Reaktion auf die Corona-Krise in vielen Sitzungen abstimmte, beherrschte die Ankunft venezolanischer und kubanischer Ärzte die italienischen Nachrichtensender. Wie auch immer der Umfang der finanziellen Hilfe der EU am Ende aussehen mag, es könnte diese begrenztere, aber freiwillige, rasche und sichtbare Unterstützung von der anderen Seite der Welt sein, an die sich die Italiener erinnern.

Vielleicht erinnern sie sich an den eindringlichen, poetischen Brief ihres Premierministers Giuseppe Conte an die Europäische Kommission, in dem er die EU an ihre historische Vision erinnerte und davor warnte, dass es die Überlebenschancen der EU irreparabel schädigen würde, Italien nicht zu helfen. Und ja, vielleicht haben sie die aufrichtige Entschuldigung der Präsidentin der Europäischen Kommission an Italien

zur Kenntnis genommen, die er ausgelöst hat.

Während die EU vor einigen Wochen noch ihre Reaktion auf die Corona-Krise in vielen Sitzungen abstimmte, beherrschte die Ankunft venezolanischer und kubanischer Ärzte die italienischen Nachrichtensender.

Genauso wahrscheinlich aber ist es, dass sich die Italiener an die wütenden Tiraden des rechtsextremen Parteichefs Matteo Salvini erinnern, der von der Demütigung Italiens sprach, seine Nachbarn um Hilfe „anbetteln" zu müssen. Dieses Szenario stellt eine große Bedrohung für die zukünftige Politik in Italien und das Wohlergehen der EU dar. Wie mehrere hundert europäische Ökonomen, Intellektuelle und Aktivisten in ihrem offenen Brief an Angela Merkel schrieben, in dem sie die Einführung von Euro-Bonds fordern: „Es ist von größter Wichtigkeit, jetzt zu handeln und den Menschen in Europa zu zeigen, dass wir dies tatsächlich auf außergewöhnliche Weise tun [...] und der Welt zu signalisieren, dass die Europäer angesichts dieser Krise zusammenhalten."

Eine besondere Ironie der Krise könnte darin liegen, dass gerade Großbritannien einen unwahrscheinlichen Hoffnungsschimmer für die europäische Zusammenarbeit darstellt. Während die Debatte im Land darüber tobt, wer dafür verantwortlich ist, dass sich das Land nicht an einem EU-weiten Programm zur Beschaffung von Schutzausrüstung beteiligt hat, gab es erfreulicherweise relativ wenig Widerstand gegen die möglichen Vorzüge einer Beteiligung an solchen Mechanismen. Und das in dem Land, in dem genau an dem Tag, an dem die WHO einen globalen Gesundheitsnotstand ausrief, die Vorbereitungen für die Feiern zum Austritt aus der EU und ihren Kooperationsagenturen, einschließlich der Europäischen Arzneimittel-Agentur, liefen.

Seit dem „Brexit-Tag" wurden 60 deutsche Beatmungsgeräte im Vereinigten Königreich mit Dank, wenn auch relativ wenig Aufmerksamkeit, empfangen. Rumänische Landarbeiter werden angesichts des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften wieder willkommen geheißen. Eingewanderte Krankenpfleger wurden von eben jener Presse als Helden gepriesen, die sonst einen harten Brexit verteidigt. Am bemerkenswertesten von allem ist, wie sehr hervorgehoben wird, dass das Vereinigte Königreich auf eine kritische Lieferung von Schutzausrüstung aus der Türkei wartet, ohne dies als offensichtlich peinlich zu empfinden. Zur Erinnerung: Das sind Teile der Gruppe, die eine fremdenfeindliche Kampagne gegen die Türkei geführt haben und ihren EU-Beitritt als eine der größten Bedrohungen für das Vereinigte

Königreich angeführt haben, sollte es sich für einen Verbleib in der EU entscheiden.

Abgesehen von diesen auf der Hand liegenden Scheinheiligkeiten: Vielleicht – aber nur vielleicht – gibt uns die Erkenntnis, dass das Vereinigte Königreich seine Nachbarn braucht, Grund zu Optimismus. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass unsere Trennung rückgängig gemacht wird, können wir auf ein besseres Zusammenleben in der Zukunft hoffen.

Wenn selbst im Vereinigten Königreich ein solches Umdenken einsetzen kann, dann müssten doch auch die europäischen Staats- und Regierungschefs den Mut aufbringen, ihren politischen und emotionalen Überzeugungen Gehör zu schenken und so den Weg zu einem Europa wahrer Solidarität zu ebnen. Dann kann aus einer Phase physischer Distanz eine Epoche der emotionalen Nähe werden.



Laura Parker

Laura Parker war bis 2019 nationale Koordinatorin von Momentum, einer britischen Graswurzelbewegung, die sich innerhalb der Labour Party für die Unterstützung Jeremy Corbyns einsetzte. Davor leitete sie das Büro von Corbyn und war in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen im In- und Ausland tätig.